

Mißtrauensvotum war. Aber war es auch ein solches? Wenn man den Reichstags-Verhandlungen aufmerksam folgte, mußte man sich sagen, daß die krensiere Vorgänge vom 8. d. M. schwerlich ein Seitenstück in der Geschichte der Parlamente haben dürften. Eine Partei protestirt gegen die Erklärung des Ministeriums in Betreff des §. 1. des Grundrechts-Entwurfes. Nicht etwa, weil sie fest an diesen §. halte; o nein, ein großer Theil der Protestirenden ist geradezu gegen diesen §., ein anderer kümmert sich wenig um das Schicksal desselben, wie es der Antragsteller Hr. Pinks geradezu versichert. Der Protest sollte nichts anders als eine Demonstration für die Meinungs-Selbstständigkeit der Kammer gegen den ob vom Ministerium beabsichtigten, ob bloß von Außen in jene Erklärung hineingelegten Terrorisirungs-Versuch sein; während die Protestirenden selbst wenigstens dem größeren Theile nach, sich dagegen verwahrten, daß sie das Ministerium nicht discredittiren wollten, ihm also ihre Unterstützung nicht geradezu auf-sagten. Ein anderer Theil hält jeden Protest gegen irgend eine verdächtige Auslegung oder verdächtige Zumuthung der Würde der Kammer für unangemessen und weist daher den Protest gegen die ministerielle Erklärung zurück, ohne dadurch sich weder mit dem Inhalte dieser Erklärung für einverstanden zu erklären, noch überhaupt ihr Votum zu Gunsten des Ministeriums zu binden. Nur die Deutung jener Erklärung war der Gegenstand der Debatte. Wohl wurde von dieser und von jener Seite der Kampf mitunter auf ein anderes Schlachtfeld hinübergespielt, und die Kritik der ministeriellen Thätigkeit im Allgemeinen lieferte einzelne Waffen für und gegen das Votum; aber das waren nur einzelne Mars-deurs, das Gros der Armee ließ sich weder zu einem andern Wahl-platze, noch zu einer anderen Taktik hindrängen.

Für einen so außergewöhnlichen Fall, wie er in Krenstier vor-fam, konnte das allgemeine parlamentarische Gesetz keinen Maßstab geben. Wenn eine Partei gegen einen ministeriellen Akt von so großer Bedeutung protestirt, ohne deshalb als Gegner des Ministeriums überhaupt gelten zu wollen, und eine andere Partei diesen Protest ablehnt, ohne sich deshalb als eine ministerielle an-zukündigen, so ist es eine nicht unnatürliche, wenn auch etwas komische Folge, daß das Ministerium auch seinerseits mit diesem einzelnen Beschlusse der Kammer sich nicht einverstanden erklärt, ohne daß es deshalb das freundliche Verhältniß zur Kammer im Allgemeinen gestört fände.

So viel ist aber gewiß, daß sowohl Majorität als Minorität das Benehmen des Ministeriums für tadelnswerth hielten; nur wollten die Einen diesen Tadel ausgesprochen wissen, die Andern hielten die Aussprache desselben der eigenen Würde für unange-messen.

Aber von den erwarteten und gefürchteten Folgen tritt keine ein. Das Ministerium bleibt und die Kammer bleibt. In der besten Ehe gibt es ja manchmal kleine Szenen, ohne daß deshalb gleich die Scheidung von Tisch und Bett erfolgte. D. R.

— **Coln**, 13. Januar. Der hiesige Gemeinderath hat in seiner Sitzung vom 12. d. M. eine Adresse an den König beschloffen, worin gegen die in dem Ministerialblatte vom 10. November v. J. vorgeschlagene anderweitige Gestaltung des rheinischen Revisions- und Kassationshofes als eines bloßen Bestandtheils des Geheimen Ober-Tribunals protestirt und die unveränderte Erhaltung jenes Gerichtshofes verlangt wird. Bekanntlich hat die Regierung schon den Plan dieser Vereinigung beider Gerichtshöfe aufgegeben.

Frankreich.

** Seit Louis Napoleon Präsident der f. g. Republik gewor-den, ist äußerlich eine Stille eingetreten, auf welchem unfehlbar mächtige Ausbrüche folgen werden. Es ist kaum zu bezweifeln, daß dieselben mit der Abschaffung der Republik aufhören müssen, nur wird es sehr unterrichtend sein, den Gang der Ereignisse zu beobachten, und zu sehen, wie der Krankheitsprozeß sich fortent-wickeln wird. Zunächst findet ein innerer f. g. Kabinettskrieg Statt, theils zwischen den Bonapartisten, Legitimisten, Orleansisten und Republikanern, theils zwischen den Ministern L. Napoleons selbst, theils zwischen L. Napoleon und der National-Versammlung. Die ersten Feindseligkeiten gegen diese letztern gingen von den Legiti-misten aus, welche in der Rue Duphot ihre Vereinigungen halten und von da aus vermöge der von ihnen geleiteten Journale der Provinz zunächst einen kleinen Krieg, gewissermaßen versuchsweise, gegen die National-Versammlung begonnen haben. Nachdem die-fer Versuch über Erwarten geglückt war, wurde beschlossen, einen geregelten Feldzug zu unternehmen, und zu diesem Ende auf den 25. Januar ein Congreß ausgeschrieben, auf dem sich nach der Aussage eines pariser Legitimisten-Blattes sechszig Organe der Provinz vereinen werden, welche der Ausdruck von 6 Millionen Stimmen sind und die in ihrer Einstimmigkeit der National-Ver-sammlung eine unfehlbare Niederlage bereiten müssen. Ein Pro-vinzialblatt aus der Gironde, dem es zu lange dauerte, bis zum 25. Januar zu warten, plagt bereits jetzt mit einer Kriegs-Erklä-rung gegen die Versammlung heraus, welche sich durch außer-

ordentliche Heftigkeit auszeichnet und Beachtung verdient, weil ihr die Herren der Rue Duphot unmöglich fremd sein können. In derselben heißt es, die National-Versammlung habe ihre Würde am 4. Mai prostituirt, sie habe durch ihre Unfähigkeit die Juni-Tage veranlaßt, sie sei weder populär noch wäre die Kraft und das Recht mit ihr. Ludwig Napoleon dagegen sei populär, er habe die Kraft — Changanier commandire in Paris, Bugeaud an den Alpen, General Rulhières sei Kriegsminister —, und eben so das Recht für sich. Was könnte also Ludwig Napoleon thun? Er könnte die Versammlung auflösen, die Wähler zusammenberufen und mit den Wählern Alles thun. So sprechen die Leute, welche sich vorzugsweise die gesetzmäßigen nennen, dem Gesetze und seinem Ausflusse Hohn, und es darf deshalb Niemand auf-fallend finden, wenn ein dem Berge angehörendes Blatt als Ant-wort auf diese Aufforderung zu einem Staatsstreiche sagt: Ein starker Schlag gegen die Royalisten ist unumgänglich notwendig; die Revolutionen, von den Royalisten auf Bürgerkrieg her-ausgefordert, geben diesen die Forderung in gleicher Form zurück. Das ist die Ruhe und der Frieden, den uns die Wähler von Ludwig Bonaparte verheißten hatten!

Inzwischen trat das Bonapartistische Mitglied der National-Ver-sammlung: Rataeu mit dem Antrage auf Auflösung der Na-tional-Versammlung hervor, welcher dahin lautet: 1) die National-Versammlung am 19. März aufzulösen; 2) die nächsten Kammer-wahlen für den 4. März auszuschreiben; 3) nur noch das Wahl-gesetz und das Gesetz behufs Einsetzung des Staatsrechts jetzt zu votiren. Danach sollte sich also die Nat.-Vers. nicht bloß zum 19. März auflösen, und die Wahl einer neuen Kammer beschließen, sondern auch abgesehen von den unter 3. gedachten Beschlüssen, nicht weiter arbeiten. Am 12. d. Mts. wurde nach heftigen De-batten mit einer Mehrheit von 4 Stimmen (400 gegen 396) von der Nat.-Versammlung beschlossen, den Rataeu'schen Antrag weiter in Berathung zu ziehen. Die franz. Blätter bezweifeln nicht, daß bei der nun bevorstehenden Schlußberathung über denselben die Nat.-Vers. ihre Auflösung beschließen werde.

Die „Assemblée nationale“ donnert gegen die Minorität, welche die Erwägung verwarf. „Es gibt — sagt sie — 401 Re-präsentanten, die in offenem Aufruhr gegen 10 Millionen Wähler sich befinden, die immer fortzutagen beanspruchen und den verderb-lichen Einfluß ihrer improvisirten Macht auf Frankreich fortwährend ausüben möchten; dies sind die Conventsmänner. Welche Lehre für die Wähler! Gewiß, sie werden nun nicht mehr Unbekannte hinführen, die nach Erreichung eines Mandats daselbe nicht mehr aufgeben wollen. Unsinne, die gegen die öffentliche Meinung kämpfen zu können hoffen! Werwogene, die dem Willen des Landes trogen! Unfluge, die sich so kläglich um ihre Zukunft betrügen! Wünschen wir der Mehrheit Glück, daß sie dem Vaterlande neue Aufregungen, neue Erschütterungen erspart hat.“

Der „National“ ist natürlich sehr ärgerlich und läßt seinen Aerger an der monarchischen Partei aus. Die Legitimisten, denen die Republik schon zu lange daure, und die sich in Bezug auf die Gefügigkeit L. Napoleons verrechnet hätten, hätten jetzt alle ihre Hoffnungen auf eine neue Versammlung gesetzt, würden sich jedoch abermals getäuscht sehen. Eben so sei es mit den Anhängern des Hauses Orleans; dieses ganze Treiben aber, von dem man so viel Lärm mache und irrig vorgebe, daß es von der öffentlichen Meinung getragen werde, sei bloßes Parteitreiben und keineswegs der Ausdruck der wahren Ansicht des Landes. — Die legitimisti-schen Blätter rufen Triumph und überschütten Dillon-Barrot zur Vergütung der ihm gewordenen feindlichen Unterbrechungen mit Lob. — Die Journale der rothen Republik machen leidlich gute Miene zum bösen Spiel. Die „Révolution démocratique et sociale“ äußert, ihr liege wenig daran, ob die Versammlung sich selbst morde und durch eine andere ersetzt werde, die wo möglich noch reactionärer sei; denn die demokratische Partei, deren Redner vorgestern der rasche Schluß der Debatte nicht habe zum Worte kommen lassen, könne dabei nur gewinnen.

Herr von Montalembert, welcher dem Papste die von ihm in der päpstlichen Angelegenheit gehaltene Rede zugeschickt hatte, hat so eben ein Breve des Papstes empfangen, worin folgende Rede vorkommt: „Wir bitten und beschwören mit der ganzen Macht unserer demüthigen Bitten den allmächtigen Gott, daß er Ihre Anstrengungen und die Anstrengungen der übrigen Franzosen, welche streben, den Ruhm Ihrer edlen Nation zu mehren und die Grundpfeiler des heiligen Stuhls zu unterstützen, mit Erfolg kröne.“ Das Breve endigt mit einem in den zärtlichsten Ausdrücken gespen-detem Segen.

Italien.

§ Rom. Noch besteht die Auflehnung der Stadt Rom und Umgebung gegen die weltliche Gewalt des Papstes, und noch verweilt dieser in der neapolitanischen Stadt Gaeta. Die Römer betrachten die päpstliche Macht bei sich als abgethan, und haben schon wieder andere revolutionäre Machthaber aufgestellt — aber auch